WIRTSCHAFTSKAMMER
BASELLAND

Medienmitteilung vom 12.05.2014
Zeichen Lead: 391; Zeichen Gesamttext: 4687

Der oberste Schweizer Gewerbedirektor
Hans-Ulrich Bigler richtet sich in Liestal an die Medien

Regionaler Schlussspurt im Kampf gegen die KMU-feindliche Mindestlohninitiative

Liestal. Die Mobilisierung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist entscheidend im Kampf gegen die schädliche Mindestlohninitiative. Dies sagte Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, am Montagmorgen im Haus der Wirtschaft in Liestal vor den Medien. Gemeinsam mit Baselbieter KMU-Vertretern plädierte er für ein Nein am 18. Mai gegen die Mindestlohninitiative.

Das Baselbieter Gewerbe ruft zu einem Schlussspurt gegen die KMU-feindliche Mindestlohninitiative auf, über die das Stimmvolk am kommenden Sonntag befinden wird. Unterstützt werden die Baselbieter KMU dabei von **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, dem auch die Wirtschaftskammer Baselland als kantonaler KMU-Verband angehört.

«Ich begrüsse es, dass die Wirtschaftskammer eigene umfangreiche Aktivitäten im Kampf gegen die KMU-feindliche Mindestlohninitiative ergriffen hat», sagte Bigler am Montagmorgen im Haus der Wirtschaft vor den Medien. «Es ist zentral, dass wir vonseiten des Gewerbes in allen Regionen geschlossen gegen solch schädliche Initiativen zusammenstehen und dass es gelingt, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu mobilisieren», so Bigler.

Laut dem obersten Schweizer Gewerbedirektor wäre das Baselbieter Gewerbe von der Einführung eines staatlich verordneten Mindestlohns besonders stark betroffen. «Steigen nämlich die Löhne, werden die Produkte teurer. Damit nimmt der Einkaufstourismus über die Grenze zu.» Verglichen mit den im umliegenden Ausland geltenden Mindestlöhne (z. Bsp. Frankreich: 11.60 Franken pro Stunde) seien die von den Initianten in der Schweiz geforderten 22 Franken pro Stunde übertrieben und weltfremd. Nicht nur Grenzkantone würden leiden, sondern auch Randregionen, insbesondere Bergkantone, führte Bigler weiter aus. Der Mindestlohn würde ihnen den Wettbewerbsvorteil gegenüber den Zentren entziehen. Auch schade die Initiative den Schwächeren auf dem Arbeitsmarkt. Schliesslich führe uns die Mindestlohninitiative geradewegs in ein staatliches Lohndiktat. «Sie untergräbt die bewährte Sozialpartnerschaft», so Bigler.

Enrique Marlés, Präsident von Gastro Baselland, warnte vor den Folgen der Mindestlohninitiative auf seine Branche. Er betonte insbesondere die negativen Auswirkungen hinsichtlich der Berufslehre. «Wenn die Mindestlöhne auf 4000 Franken steigen sollen oder werden, dann geht das Interesse, eine **Anlehre oder Lehre** in einem Gastrobetrieb zu absolvieren, für viele Schulabgängerinnen und -abgänger verloren.» Zudem würden im Gastgewerbe viele Jobs für

weniger gut Qualifizierte wegfallen. Für die Gastrobetriebe in den Grenzregionen besonders gravierend sei die Tatsache, dass die Löhne – und damit die Preise für die Gäste – im Ausland schon heute deutlich unter jenen in der Schweiz liegen. «Es besteht die Gefahr, dass die Leute noch viel eher in Deutschland auswärts essen als in der Schweiz», warnte Marlés.

Als für seine Branche «katastrophal» bezeichnete **Silvan Gaugler,** ehemaliger Vizepräsident des Bäckermeisterverbands Baselland und Umgebung (heute Bäcker – Confiseure Regio Basel), die Mindestlohninitiative. Es bestehe die Gefahr, dass nicht mehr genügend gut qualifizierte Berufsleute nachgezogen werden könnten und dadurch die Qualität der Produkte sinke. Auch berücksichtige die Initiative wichtige branchenspezifische Aspekte nicht. Gaugler verwies auf Nachtschichtzulagen von 25 Prozent und Ruhezeitzulagen von zehn Prozent, die in seiner Branche bezahlt werden. Obwohl der Minimallohn laut Gesamtarbeitsvertrag für gelernte Bäckerinnen und Bäcker (also bereits im Alter von 19 Jahren) derzeit bei 3850 Franken liege, verdienen diese Berufsleute aufgrund der Zulagen im Durchschnitt rund 4600 Franken monatlich.

Wirtschaftskammerdirektor **Christoph Buser** sprach über die Wichtigkeit, dass sich das Gewerbe bis zuletzt klar gegen die Mindestlohninitiative einsetzt. «Eine Abstimmung ist erst gewonnen, wenn die Stimmen ausgezählt sind und das Resultat bekannt ist», sagte Buser. Erst Ende November 2013 haben sich die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen die ebenfalls KMU-feindliche und zerstörerische 1:12-Initiative ausgesprochen. Auch diese hatte wie die Mindestlohninitiative zum Ziel, ein staatliches Lohndiktat herbeizuführen. «Der Souverän hat sich dagegen entschieden. Mit gutem Grund», so Buser. Die Festsetzung von Löhnen sei nicht Sache des Staats, sondern der Unternehmen, ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Sozialpartner. «Alles andere ist nicht gut, sondern nur gut gemeint.»

Kontakte

Landrat Christoph Buser
Direktor
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 076 324 98 33

Hans-Ulrich Bigler
Direktor
Schweizerischer Gewerbeverband sgv
031 380 14 14

Enrique Marlés
Präsident
Gastro Baselland
061 465 50 50

Silvan Gaugler
Inhaber
Bäckerei Gaugler AG
061 811 10 08